



Der Bürgermeister

Öffentliche Beschlussvorlage 121/2012

Dezernat II, gez. Backes

Federführung:

Dezernat 2

Produkt:

60.01 Stadtplanung

60.03 Verkehrsplanung

70.01 Verkehrsanlagen

70.07 Umweltschutz

70.10 Zentrales Gebäudemanagement

Datum:

11.06.2012

Beratungsfolge:

Sitzungsdatum:

Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen

20.06.2012

Vorberatung

Rat der Stadt Coesfeld

05.07.2012

Entscheidung

Entwicklung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.03.2012

Beschlussvorschlag (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen):

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt das Thema Entwicklung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes mit in die anstehende Diskussion der strategischen Zukunftsziele aufzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt die möglichen Fördermöglichkeiten seitens des Landes und des Bundes bis zur anstehenden Diskussion zu klären.

Sachverhalt:

Der Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde vorgelegt gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Coesfeld und wurde in der Sitzung des Rates am 03.05.2012 beraten. Der Antrag liegt der Vorlage als Anlage erneut bei. Einstimmig wurde in der Sitzung des Rates nach erster fachlicher Diskussion beschlossen,

1. das „Thema Entwicklung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes“ zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen zu überweisen und
2. die Verwaltung zu beauftragen, die möglichen Fördermöglichkeiten seitens des Landes und des Bundes bis zur anstehenden Diskussion zu klären.

Am 20.06.2012 ist außerplanmäßig eine Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen anberaumt, der sich gezielt mit Themen des Klimaschutzes und der Umsetzung der Energiewende 2011 beschäftigt.

Zum Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen verfasste die Verwaltung folgende Stellungnahme in der Vorlage zur Ratssitzung 03.05.2012, die weiterhin Gültigkeit hat:

Stellungnahme der Verwaltung:

Ein Klimaschutzkonzept dient als strategische Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe für zukünftige Klimaschutzmaßnahmen. Es umfasst alle klimarelevanten Bereiche. Bei Kommunen sind dies mindestens die eigenen Liegenschaften, die Straßenbeleuchtung, die privaten Haushalte und die Bereiche Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Industrie, Verkehr, Abwasser und Abfall.

Ein solches Konzept besteht aus einer Energie- und CO² Bilanz, einer Potentialanalyse, der Akteursbeteiligung, einem Maßnahmenkatalog, einem Controlling-Konzept und einem Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit. Es dient der Bestandsdatenerhebung, der Kommunikation mit wesentlichen Akteuren und der Fokussierung auf umwelttechnisch und ökonomisch sinnvolle Maßnahmen. Es handelt sich um ein in der erstmaligen Erstellung wegen des breiten Kommunikationsansatzes relativ aufwendiges Planungsinstrument. Ohne externe Unterstützung ist die Erarbeitung nicht möglich. Die Erstellung eines solchen Konzeptes macht nur dann Sinn, wenn auch in den Folgejahren Personal- und Finanzressourcen für die Umsetzung des Konzeptes (aktive Akteursbeteiligung, Umsetzung eines Leuchtturmprojektes) zusätzlich bereitgestellt werden. Die Umsetzung muss personell langfristig sichergestellt sein, da viele Maßnahmen nur mit privaten Akteuren umsetzbar sind, was entsprechend lange Zeiträume zwischen Initiative und Realisierung nach sich zieht. Es ist daher sinnvoll, in Verbindung mit einer grundlegenden Diskussion über strategische Ziele über die Erstellung eines solchen Konzeptes zu entscheiden.

Hinweise zu Zweck, Art und Erstellung von KSK finden sich unter:

<http://www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen/klimaschutzkonzepte>

Folgende Bereiche eines KSK sind bereits durch laufende oder anstehende Aktivitäten (ganz oder teilweise) abgedeckt:

Eigene Liegenschaften	Energiemanagement ZGM laufend
Straßenbeleuchtung	Optimierung im Rahmen der Ausschreibung 2012 / 13
Verkehr	Projekte zur Förderung des SPNV und Radverkehrs
Abwasser	Energiemanagement Kläranlage und zentrale Betriebspunkte

Außerdem leistet die Stadt mit den Vorarbeiten zur Ausweisung möglicher neuer Konzentrationszonen einen wichtigen Beitrag zur Erzeugung erneuerbarer Energien.

Die Fachhochschule Münster erstellt derzeit im Rahmen einer Beauftragung durch die Bezirksregierung und als Vorarbeit für den Teil IV „Energie“ des Regionalplanes einen „Kommunalsteckbrief Energie“ für alle Kommunen im Regierungsbezirk. Die Stadt Coesfeld und die Stadtwerke Coesfeld haben die Daten Anfang April zur Verfügung gestellt.

Für das Jahr 2012 sind bisher keine personellen Ressourcen und finanziellen Mittel im Haushalt für die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes vorhanden. Beides wäre nach Recherche des erforderlichen Arbeitsumfangs in die Prioritätenlisten 2013 der FB 60 und 70 einzuplanen bzw. die veranschlagenden Kosten unter Berücksichtigung möglicher Förderung im Haushalt 2013 und in der Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.

Die Stadt und die Stadtwerke haben sich Anfang des Jahres mit der Frage „KSK für Coesfeld“ auseinandergesetzt und ein Angebot eingeholt. Die Kosten würden voraussichtlich bei rd. 40.000 € liegen.

Eine Förderung von KSK ist aus dem Programm „Nationale Klimaschutzinitiative“ des BMU möglich. Die Antragsfrist für 2012 endete am 31.03.2012, sie wurde auf den 30.04.2012 verlängert. Die Zusage und Höhe der Förderung sind abhängig von der Qualität und Schlüssigkeit des Konzeptes. Voraussetzung ist in der Folge die Umsetzung mindestens eines „Leuchtturmprojektes“. Für diesen Zeitraum ist die Beschäftigung eines Klimaschutzmanagers nach der Erfahrung anderer Kommunen zwingend erforderlich.

Als Referent wird Dipl. Ing. Christian Scheffs von der Kommunal- und Abwasserberatung NRW GmbH (KUA-NRW) in der Sitzung ausführlich aus seiner Erfahrung über wesentliche

Zusammenhänge und Erfordernisse berichten und Fragen beantworten. Die KUA-NRW sieht Klimaschutz und Klimaanpassung als strategische kommunale Aufgabe. Darum begleitet sie seit 2009 mit finanzieller Unterstützung des MKULNV NRW rd. 35 Kommunen in NRW bei der Erstellung von Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepten und erörtert Fragestellungen zum Thema Klima und Kommune im Erfahrungsaustausch. Gemeinsames Ziel ist das Engagement und die Verantwortung für den Klimaschutz und die Anpassung an Klimafolgen.

Auch die Fragestellung möglicher Förderung wird in der Sitzung beantwortet.

In der Ratssitzung vom 03.05.2012 wurde bemerkt, ob nicht die Zuständigkeit der KSK beim Kreis Coesfeld liege. Am 15.03.2012 trafen sich Vertreter der Kommunen des Kreises Coesfeld auf Einladung des Kreises zu gleicher Fragestellung. Aufgrund der differenzierten Anforderungen und unterschiedlichen Erarbeitungsstände haben sich die Teilnehmer auf einheitlich vorgetragenen Wunsch aller Kommunen darauf verständigt, dass die Erarbeitung der KSKs auf kommunaler Ebene verbleiben soll, aber ein ½-jährlicher Erfahrungsaustausch angeregt werde.

Anlagen:

Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen